

Mitteilung des Senats

Bericht zur deutschen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020

Mitteilung des Senats
an die Bremische Bürgerschaft (Landtag)
vom 15. Juni 2021

„Deutschland braucht Europa – Europa braucht Deutschland“

Antrag der Fraktion der CDU
vom 7. Juli 2020
(Drucksache [20/536](#))

Mit Beschluss der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) zum oben genannten Antrag wurde der Senat gebeten, in der ersten Jahreshälfte 2021 über die Ergebnisse der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu berichten, und dabei die Bremen unmittelbar betreffenden Entscheidungen und die im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft ergriffenen unterstützenden Aktivitäten des Senates besonders zu berücksichtigen. Der Senat überreicht der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) den Bericht mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Bericht zur deutschen Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2020

Ausgangslage

Deutschland übernahm in der zweiten Jahreshälfte 2020 turnusgemäß für sechs Monate die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union. Der 1. Juli markierte hierbei außerdem den Beginn einer neuen Triopräsidentschaft. Deutschland hat daher die inhaltliche Planung eng mit den beiden nachfolgenden Ratspräsidentschaften Portugal und Slowenien abgestimmt.

Die deutsche Ratspräsidentschaft wurde maßgeblich von der Covid-19-Pandemie und ihren Folgen bestimmt, sowohl thematisch als auch mit Blick auf die Organisation von Arbeitssitzungen der europäischen Gremien und die Ausrichtung öffentlicher Veranstaltungen.

Inhaltlich standen die Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen im Umgang mit der Pandemie und deren Folgen im Mittelpunkt der Monate Juli bis Dezember 2020. Rein praktisch hatte die Krise Auswirkungen auf die Arbeitsweise der europäischen Institutionen, insbesondere des Rates: Einschränkungen im Reiseverkehr und „social distancing“-Regeln reduzierten die Frequenz der persönlichen Treffen und verlangsamten die Gesetzgebungsprozesse der EU insgesamt. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, die zu behandelnden Themen zu priorisieren und zu reduzieren, zumal bereits vor dem Ausbruch der Covid-19-Pandemie im Frühjahr 2020 absehbar war, dass komplexe, im zweiten Halbjahr 2020 aktuell anstehende Themen die deutsche Ratspräsidentschaft prägen würden. Dazu gehörten insbesondere die Aufstellung des EU-Haushalts für die nun laufende Förderperiode 2021 – 2027 und die Brexit-Verhandlungen.

In der Konsequenz – so lässt sich wohl schlussfolgern – wird der Erfolg der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in erster Linie am Umgang mit den skizzierten aktuellen Herausforderungen gemessen. Für eigene Initiativen oder Schwerpunktsetzungen blieb wenig Raum.

Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft aus Bremer Perspektive

Im Folgenden werden jene Ergebnisse der deutschen Ratspräsidentschaft dargestellt, die für die Freie Hansestadt Bremen unmittelbar von Relevanz sind oder im Rahmen der europäischen und europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit einen Anknüpfungspunkt für bremische Aktivitäten boten. Im Anhang befindet sich zur Ergänzung eine Darstellung der Ergebnisse der Deutschen Präsidentschaft aus Sicht des Auswärtigen Amtes.

1. Umgang mit den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie

Gleich zu Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft hat sich der Rat der EU im Juli 2020 auf das Wiederaufbauinstrument „Next Generation EU“ verständigt. Damit stellt die EU kreditfinanziert insgesamt 750 Mrd. Euro bereit, um zeitnah die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Pandemie abzufedern und durch zukunftssträchtige Investitionen einen nachhaltigen Wiederaufbau zu befördern. Das größte Ausgabeninstrument von Next Generation EU – die europäische Aufbau- und Resilienzfazilität (ARF) – umfasst 672,5 Mrd. Euro, davon werden rund 23 Mrd. Euro nach Deutschland fließen. Die Mitgliedstaaten sind nun verpflichtet, der Kommission auf Basis beschlossener Leitlinien bis Ende April 2021 einen Plan zu übermitteln, in welchen Schwerpunktbereichen diese Mittel für welche Programme und Maßnahmen eingesetzt werden sollen.

Auch Bremen wird voraussichtlich direkt oder indirekt von der ARF profitieren, in welchem Umfang ist jedoch bislang nicht absehbar. Zudem ist davon auszugehen, dass die Bundesregierung einen erheblichen Teil der EU-Hilfen zur Refinanzierung bereits beschlossener nationaler Konjunkturlifemaßnahmen einsetzen wird. Dazu haben sich die Länder sowohl im

Bundesrat (Beschluss vom 05.03.2021, DS 106/21) als auch in der Europaministerkonferenz (Beschluss vom 24.02.2021) kritisch geäußert.

Im Nachgang zur deutschen Ratspräsidentschaft hat der EuropaPunktBremen am 29. Januar 2021 im Rahmen des neuen Veranstaltungsformats „#EUentSchlüsselt“ eine Onlineveranstaltung zur Impfstrategie der EU durchgeführt, an der zeitweilig fast 80 Personen teilgenommen haben. Gemeinsam mit Vertreter:innen aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung wurden dabei die Grundlagen der Impfstrategie sowie ihre Umsetzung in Deutschland und Bremen diskutiert.

2. Ausbau der digitalen Souveränität der Europäischen Union

Das Programm der deutschen Ratspräsidentschaft sah vor, das Thema „digitale Souveränität“ als eines der Leitmotive der europäischen Digitalpolitik zu etablieren. In diesem Kontext wurde am 8. Dezember die „Berliner Erklärung zur Digitalen Gesellschaft und wertebasierten digitalen Verwaltung“ von allen EU-Mitgliedstaaten unterzeichnet.

Bremen hat sich zu diesem Themenschwerpunkt mit einer großen Veranstaltung im Event-Kalender der deutschen EU-Ratspräsidentschaft beteiligt. SWAE und SF führten am 28. Oktober 2020 unter Beteiligung des für Haushalt und Verwaltung zuständigen EU-Kommissars Hahn sowie mehrerer weiterer hochrangiger Gäste eine hybride Veranstaltung mit dem Titel „Notwendigkeit oder Luxus? Digitale Souveränität in Deutschland und Europa“ durch, an der ca. 400 Zuschauer:innen teilnahmen.

3. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

Mit der politischen Einigung im Trilog zum EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont Europa wurde die Grundlage für die kommenden sieben Jahre der europäischen Forschungsförderung gelegt. Ergänzt wird diese Einigung durch die Ratsschlussfolgerungen zur Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums und zur Forschungs- und Innovationsinitiative zu Grünem Wasserstoff. Weiterhin ist die Bonner Erklärung zur Forschungsfreiheit ein wichtiges Signal für die Stärkung des Wertefundaments im Europäischen Forschungsraum wie auch in der weltweiten Zusammenarbeit. Bremer Forschende und Unternehmen haben in der Vergangenheit erfolgreich an den Wettbewerben der europäischen Forschungsförderung teilgenommen und es ist davon auszugehen, dass sie an diese Erfolge im aktuellen Forschungsrahmenprogramm anknüpfen werden.

4. Migrations- und Asylpaket

Nach einigen zeitlichen Verzögerungen hat die Europäische Kommission im September 2020 das neue EU-Migrations- und Asylpaket vorgelegt (siehe Pressemitteilung der KOM vom 23. September 2020: [IP/20/1706](#)). Dieses belebte im Rat tatsächlich die Verhandlungen und erzeugte eine größere Gesprächsbereitschaft, allerdings verhärteten sich die Konfliktlinien anschließend wieder rasch. Das ursprüngliche Ziel der deutschen Ratspräsidentschaft, eine Grundsatzeinigung über die wichtigsten Punkte zu erzielen, war letztlich nicht zu erreichen. Stattdessen wurde das Dossier zusammen mit einem Fortschrittsbericht an die nachfolgende portugiesische Ratspräsidentschaft übergeben.

Nach Abschluss der Deutschen Präsidentschaft hat das Dossier zwischenzeitlich den Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) beschäftigt, wo die Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft, Frau MdBB Grotheer, in ihrer Funktion als eines der beiden Bremischen AdR-Mitglieder die Berichterstattung übernommen hatte. Die hieraus resultierende Stellungnahme, die die für die Regionen wichtigen Schwerpunkte ebenso wie den allgemeinen Rahmen des Asyl- und Migrationspakets thematisiert, wurde vom AdR am 19. März 2021 mit großer Mehrheit verabschiedet.

Auch dieses Thema hat der EuropaPunktBremen im Rahmen der Veranstaltungsreihe „#EUentSchlüsselt“ Ende März 2021 noch einmal aufgegriffen. So diskutierte am 25. März 2021 Frau MdBB Grotheer im digitalen Format gemeinsam mit einem Referenten der KOM und dem Leiter der Europaabteilung von ProAsyl vor ca. 50 Zuschauer_innen das EU-Migrations- und Asylpaket.

5. Verabschiedung des Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR)

Mit der Einigung auf den MFR wurden Mittel für Projekte im Rahmen der Kohäsionspolitik und für wichtige Programme wie Erasmus+ und Horizont sichergestellt. Letztere haben insgesamt einen erheblichen Aufwuchs erhalten, wovon sicherlich auch Bremer Akteur:innen profitieren werden. Da die Gelder überwiegend im Rahmen von Ausschreibungsverfahren vergeben werden, lassen sich genaue Summen für das Land Bremen im Vorfeld nicht quantifizieren. Laut der zuständigen Verwaltungsbehörden bei SWAE können Bremen und Bremerhaven mit insgesamt 155 Mio. Euro (95 Mio. Euro EFRE/60 Mio. Euro ESF+) Kohäsionsmitteln für den Zeitraum von 2021 – 2027 rechnen.

6. Abschluss des Handels- und Kooperationsabkommen mit dem Vereinigten Königreich

Die deutsche Ratspräsidentschaft hat die Kommission bei den Verhandlungen mit dem VK unterstützt und in der entsprechenden Ratsarbeitsgruppe begleitet. Darüber wurde auch Bremen immer wieder im Rahmen einer Bund-Länder-AG unterrichtet. Dass mit der Einigung auf ein Abkommen ein ungeordneter Brexit abgewendet werden konnte, ist für Bremen, das enge Handelsbeziehungen mit dem VK pflegt, von großer Bedeutung.

Der Rechtssetzungsprozess für die Brexit-Anpassungsreserve wird gegenwärtig von den Gesetzgebern beraten und ist noch nicht abgeschlossen. Die Reserve dient dazu, wirtschaftliche und soziale Folgen in besonders betroffenen Mitgliedstaaten abzumildern und ist mit insgesamt 5 Mrd. Euro hinterlegt. Der deutsche Anteil wird voraussichtlich 430 Mio. Euro umfassen. Unterstützt werden sollen z. B. Hilfen für betroffene Wirtschaftssektoren oder Unternehmen sowie Unterstützungsmaßnahmen für Beschäftigte (Kurzarbeitsprogramme, Umschulung). Die innerdeutsche Mittelallokation der Reserve ist noch nicht festgelegt.

Auch zum Handels- und Kooperationsabkommen hat der EuropaPunktBremen eine digitale Informations- und Diskussionsveranstaltung ausgerichtet, bei der sich am 5. März 2021 Experten aus Wissenschaft und von Verbänden über die Umsetzung des Abkommens sowie die Auswirkungen für bremische Unternehmen und die Bürger:innen ausgetauscht haben.

Die Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ist als Anlage beigefügt.

Beschlussempfehlung:

Anlage(n):

1. Anlage Bilanz EU-Ratspräsidentschaft

Gemeinsam. Europa wieder stark machen.

Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

1. Juli bis 31. Dezember 2020



Inhaltsverzeichnis

Einleitung | Seite 2

Europas Antwort auf die Corona-Pandemie | Seite 4

Ein stärkeres und innovativeres Europa | Seite 6

Ein gerechtes Europa | Seite 8

Ein nachhaltiges Europa | Seite 10

Ein Europa der Sicherheit und der gemeinsamen Werte | Seite 12

Eine handlungsfähige Europäische Union für eine regelbasierte internationale Ordnung | Seite 14

Einleitung

Unsere Ratspräsidentschaft fand in einer für die Europäische Union äußerst herausfordernden Lage statt. Es war unser Ziel, gemeinsam die Pandemie zu bewältigen und ihre Folgen abzumildern, die großen Transformationsprozesse unserer Zeit wie Klimawandel und Digitalisierung zu gestalten, die Handlungsfähigkeit nach außen zu stärken und die EU besser für zukünftige Krisen zu wappnen.

Wir haben diese Herausforderungen angenommen, gemeinsame europäische Antworten formuliert und international Verantwortung übernommen.

Mit der Einigung auf den Mehrjährigen Finanzrahmen und das Aufbauinstrument „Next Generation EU“ haben wir ein klares Zeichen europäischer Solidarität und Zukunftsfähigkeit gesetzt. Diese Einigung ist ein großer Erfolg für ganz Europa. Mit der Einigung auf einen Konditionalitätsmechanismus zum Schutz des Haushalts und der finanziellen Interessen der EU haben wir zudem erreicht, dass dieser auch bei Verstößen gegen die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in einem Mitgliedstaat geschützt wird. Getragen vom Gesamtkompromiss konnte mit dem Abschluss der Trilog-Verhandlungen zur weit überwiegenden Zahl der Programme und Sektorverordnungen ein weiteres wichtiges Ziel erreicht werden. Insbesondere mit dem temporären Aufbauinstrument ist inhaltlich und konzeptionell eine echte Innovation gelungen. Damit ist nun der Weg frei für die weiteren verbleibenden Schritte, insbesondere die Ratifizierung des Eigenmittelbeschlusses, um die dringend benötigten Gelder zur wirtschaftlichen und sozialen Erholung der EU so schnell wie möglich auszahlen zu können. Unser Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen“ haben wir auf allen Ebenen und bei allen Themen mit Leben gefüllt:

- Es ist uns gelungen, gemeinsam Maßnahmen zur Bewältigung der Covid-19-Pandemie zu ergreifen, die diesbezügliche Zusammenarbeit und Koordinierung innerhalb der EU systematisch zu verbessern und die Grundlagen für eine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Erholung in Europa zu legen.
- Für ein stärkeres und innovatives Europa haben wir die digitale Souveränität, Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Finanzarchitektur der EU weiterentwickelt.
- Wir haben uns erfolgreich für ein gerechtes Europa eingesetzt, für gesellschaftlichen Zusammenhalt, soziale Sicherheit und Solidarität.
- Für ein nachhaltiges Europa haben wir insbesondere den Weg hin zum ersten klimaneutralen Kontinent bis 2050 geebnet.
- Die wichtige Diskussion um das Thema Asyl und Migration haben wir neu aufgenommen und intensiv unter den Mitgliedstaaten vorangetrieben.
- Unsere gemeinsamen Werte haben wir besonders mit Blick auf die Rechtsstaatlichkeit gestärkt. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger war auch mit Blick auf die Herausforderungen durch moderne Technologien ein Schwerpunkt unserer Arbeit.
- Wir haben Europas Handlungsfähigkeit nach außen verbessert und Schritte zur Stärkung der multilateralen Ordnung und der Bewältigung aktueller Krisen unternommen.



Die Europäische Kommission und ihr Verhandlungsführer Michel Barnier verhandeln zur Zeit noch mit dem Ziel, ein umfassendes Partnerschaftsabkommen mit dem Vereinigten Königreich zu vereinbaren. Dieses Abkommen soll die Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich auf eine neue Grundlage stellen und die Basis für eine enge Partnerschaft auch in der Zukunft bilden. Als Ratspräsidentschaft haben wir die Europäische Kommission dabei unterstützt und insbesondere darauf hingewirkt, die Einheit der EU-27 über die gesamte Zeit der Verhandlungen zu wahren. Mit dem Austrittsabkommen, das schon in Kraft ist, sind viele wichtige Bereiche bereits dauerhaft geregelt.

Gemeinsam mit unseren Trio-Partnern Portugal und Slowenien werden wir auch nach der Ratspräsidentschaft weiter engagiert daran arbeiten, Europa gemeinsam wieder stark zu machen.

Europas Antwort auf die Corona-Pandemie

Die COVID-19-Pandemie hat unsere Präsidentschaft geprägt – aber auch gezeigt, dass Europa gerade in Krisenzeiten bereit ist, beispiellose Solidarität zu üben und internationale Verantwortung zu übernehmen. Um der Pandemie und ihren Folgen wirksam begegnen zu können, haben wir die Handlungsfähigkeit des Rates sichergestellt, die Koordination von Union und Mitgliedstaaten verbessert und den Grundstein für die wirtschaftliche und soziale Erholung in der EU gelegt. Zugleich haben wir damit begonnen, Europa für zukünftige Herausforderungen noch besser zu wappnen.

Der Weg aus der Krise – gemeinsam und koordiniert

Die Zusammenarbeit von EU und Mitgliedstaaten als Antwort auf die fortdauernde Pandemie haben wir gemeinsam systematisch verbessert.

- Die Koordinierung der Maßnahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten haben wir intensiviert, sie stehen nun auf einer gemeinsamen Grundlage (z. B. durch Vereinheitlichung der Lagebewertung).
- Zwei Ratsempfehlungen setzen einen gemeinsamen Rahmen. Dieser umfasst u.a. gemeinsame Regeln für eine koordinierte Vorgehensweise bei Maßnahmen zur Pandemieeindämmung, mit dem wir die Transparenz bezüglich vorübergehend erforderlicher Beschränkungen der Freizügigkeit in der EU erhöht haben. Umfangreiche Vorarbeiten für die gegenseitige Anerkennung von Antigen-Schnelltests sind geleistet.
- Dank Aufstockung des Soforthilfeeinstruments (ESI) und bilateraler Beiträge wurden mehrere Verträge zur EU-weiten Beschaffung von COVID-19-Impfstoffen abgeschlossen. Damit setzt die EU ein klares Zeichen der Geschlossenheit, für alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen Fürsorge zu ergreifen.
- Die effektive Nutzung des EWRS-Frühwarnmechanismus und des EU-Zivilschutzmechanismus hat die Aufnahme von COVID-19-Intensivpatienten aus anderen EU-Mitgliedstaaten erheblich erleichtert.
- Schließlich haben wir gemeinsam mit der Europäischen Kommission für eine bessere und frühzeitigere grenzüberschreitende Kontaktwarnung und -nachverfolgung die Interoperabilität von Corona-Warn- und Tracing-Apps hergestellt.

Stärkung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger

Im Bereich der Sicherheit konnten wir insbesondere bei Terrorismusbekämpfung, Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und polizeilicher Zusammenarbeit Fortschritte machen, auch mit Blick auf Herausforderungen im Cyberraum.

- Während unserer Präsidentschaft haben Anschläge in Frankreich, Österreich und Deutschland die Bedrohung durch den Terrorismus in Europa auf traurige Weise verdeutlicht. Vor diesem Hintergrund haben wir im Kreise der Mitgliedstaaten in einer gemeinsamen Erklärung unsere unerschütterliche Einheit und Solidarität bei der Bekämpfung aller Formen von Terrorismus bekräftigt. Auf Initiative der deutschen Präsidentschaft haben bislang 15 Mitgliedstaaten zentrale Kontaktstellen für Opfer von Terrorismus benannt.
- Im Rahmen der Terrorismusbekämpfung haben wir uns mit dem Europäischen Parlament auf eine Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte geeinigt und uns darauf



verständnis, den Informationsaustausch zu Gefährdern zu verbessern. Die Bedrohung durch gewaltbereiten Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus, den Kampf gegen Hassrede sowie gegen Antisemitismus haben wir intensiv im Rat thematisiert und hierzu auch eine Erklärung des Rates verabschiedet.

- Wir haben Ratsschlussfolgerungen zu der Frage verabschiedet, wie die innere Sicherheit und die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit (Europäische Polizeipartnerschaft) konkret weiter gestärkt werden sollen. Ferner wurden damit auch die Weichen für die Zukunft von Europol und für eine effektivere Bekämpfung der Organisierten Kriminalität gestellt sowie im Rahmen von Ratsschlussfolgerungen Verbesserungen bei der Umsetzung des Europäischen Haftbefehls vereinbart.
- Die digitale Sicherheit haben wir mit einer Resolution des Rates zu Verschlüsselung, dem Austausch zu künstlicher Intelligenz und mit Ratsschlussfolgerungen zu IT-Sicherheitsstandards für mit dem Internet verbundene Geräten gestärkt. Darüber hinaus haben wir in Ratsschlussfolgerungen auch die Chancen der Digitalisierung für den Zugang zur Justiz betont.
- Zur Verbesserung der ziviljustiziellen Zusammenarbeit haben wir die Neufassungen der EU-Zustellungsverordnung und der EU-Beweisaufnahmeverordnung verabschiedet.

Neustart der Debatte um eine Europäische Migrations- und Asylpolitik

Im Bereich der Sicherheit konnten wir insbesondere bei Terrorismusbekämpfung, Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und polizeilicher Zusammenarbeit Fortschritte machen, auch mit Blick auf Herausforderungen im Cyberraum.

- Zu dem von der Kommission vorgelegten Migrations- und Asylpaket haben wir im Rat intensive Diskussionen insbesondere zu solidarischer Verantwortungsteilung, zu Verfahren vor Einreise, zu Sekundärmigration, zur externen Dimension sowie zur legalen Migration geführt. Das zu den Kernelementen dieses Pakets Erreichte haben wir in einem Fortschrittsbericht festgehalten und so den Grundstein für eine ambitionierte Neuausrichtung gelegt.
- Zur Gewährleistung eines effektiveren Schutzes der Außengrenzen wurde die schnelle Operationalisierung des neuen Frontex-Mandats sowie des Standing Corps vorangetrieben und durch konkrete Handlungsempfehlungen im Zusammenhang mit Rückführungsmaßnahmen unterstützt.
- Wir konnten die politischen Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zur umfassenden Modernisierung des EU-Visainformationssystems abschließen. Künftig werden neben einem automatisierten Datenaustausch mit anderen EU-Sicherheits- und Migrationsdatenbanken u.a. auch Informationen über Visa für längerfristige Aufenthalte und nationale Aufenthaltstitel der EU-Mitgliedstaaten europaweit abrufbar sein.

Ein stärkeres und innovativeres Europa

Während unserer Ratspräsidentschaft haben wir in den Bereichen Digitalisierung, Wirtschaft und Finanzen die Weichen gestellt, um Europas Weg aus der Krise zu ebnen und uns für die Zukunft zu rüsten. Dabei standen der Ausbau digitaler Souveränität sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und einer nachhaltigen Finanzarchitektur der EU im Mittelpunkt.

Ausbau der digitalen Souveränität der EU

Wir haben entscheidende Grundlagen gelegt, um Europas digitale Handlungsfähigkeit insbesondere in den Bereichen Infrastruktur und Datenpolitik auszubauen und europäische Normen und Werte auch im Digitalbereich zu stärken.

- Mit der politischen Einigung im Trilog zum Programm „Digitales Europa“ und ambitionierten Investitionen in den digitalen Wandel (mind. 20% der Mittel aus der „Aufbau- und Resilienzfazilität“) ist das finanzielle Fundament für die weiteren ehrgeizigen Arbeiten gelegt. Mit dem vom Europäischen Rat erbetenen und Anfang 2021 erwarteten „Digitalen Kompass“ werden die Ziele der EU bis 2030 konkret nachgehalten.
- Mit der Erklärung zur Europäischen Cloud-Föderation haben wir einen gemeinsamen europäischen Bezugsrahmen für eine sichere und souveräne Dateninfrastruktur geschaffen.
- In der Datenpolitik haben wir Verhandlungen zur Governance gemeinsamer europäischer Datenräume angestoßen und Schlussfolgerungen u.a. zum Europäischen Gesundheitsdatenraum verabschiedet.
- Mit einer Erklärung haben wir die europäische Initiative zu Mikroprozessoren und Halbleitern mit dem Ziel angestoßen, Europas Abhängigkeit von Mikrochips aus Drittstaaten zu reduzieren.
- Wir haben europäische Werte im Digitalzeitalter gestärkt, insbesondere durch eine „Berliner Erklärung zur Digitalen Gesellschaft und wertebasierten digitalen Verwaltung“, durch Ratsschlussfolgerungen zu Digitalisierung und Umwelt, durch Präsidentschaftsschlussfolgerungen zu Grundrechten im Kontext von KI und digitalem Wandel, durch eine politische Diskussion über einen europäischen Ansatz für Künstliche Intelligenz sowie durch Ratsschlussfolgerungen zum Geistigen Eigentum.
- Mit der Passauer Erklärung haben wir Antworten dazu gegeben, wie der künftige Datenraum Mobilität aussehen soll.
- Mit der politischen Einigung im Trilog zur Einrichtung des Europäischen Kompetenzzentrums für Cybersicherheit stärken wir den europäischen Cybersicherheitssektor.

Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

In den Bereichen Binnenmarkt, Industriepolitik, Regulierungs- und Wettbewerbspolitik sowie Strukturpolitik sind uns wichtige Maßnahmen zur Erholung, aber auch Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der europäischen Wirtschaft gelungen.

- Mit der politischen Einigung im Trilog zum Binnenmarktprogramm und zum EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont Europa haben wir die Weichen für eine zukunftsorientierte europäische Politik in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit (einschl. mittelständischer Unternehmen), Binnenmarkt, Wissen, Forschung und Bildung gestellt.



- Wir haben uns mit Ratsschlussfolgerungen auf zentrale Handlungsfelder zur Stärkung der Zukunftsfähigkeit und Krisenfestigkeit des Binnenmarktes geeinigt.
- Mit Ratsschlussfolgerungen zur Industriepolitik haben wir die Bedeutung der Industrie für die wirtschaftliche Erholung sowie die grüne und digitale Transformation unterstrichen und zentrale Initiativen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit vereinbart, insbesondere durch die Stärkung von Schlüsseltechnologien. Mit konkreten Impulsen für mehr Effizienz des öffentlichen Einkaufs bereiten die Ratsschlussfolgerungen zum öffentlichen Auftragswesen das Feld für dringend benötigte öffentliche Investitionen.
- Mit den Ratsschlussfolgerungen zur Besseren Rechtsetzung machen wir den Regulierungsrahmen zukunftssicher, indem wir stärker Reallabore und Experimentierklauseln für die Erprobung von Innovationen nutzen.
- Mit der weitestgehenden politischen Einigung zum Legislativpaket der EU-Strukturfonds haben wir den Grundstein für eine moderne Politik gelegt, die eine Schlüsselrolle bei der wirtschaftlichen Erholung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit spielt.
- Mit dem New Mobility Approach haben wir während unserer Ratspräsidentschaft Impulse zur zukünftigen Ausrichtung der europäischen Verkehrspolitik auf Nachhaltigkeit und Klimaschutz, Innovation und Resilienz gegeben.
- Mit Ratsschlussfolgerungen haben wir zur Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums beigetragen und dazu eine gemeinsame Forschungs- und Innovationsinitiative zu Grünem Wasserstoff angestoßen.
- Die Unterzeichnung der Bonner Erklärung zur Forschungsfreiheit ist ein wichtiges Signal für die Stärkung des Wertefundaments im Europäischen Forschungsraum wie auch in der weltweiten Zusammenarbeit.

Nachhaltige Finanzmarktarchitektur, stabile Finanzpolitik und Steuergerechtigkeit

Im Finanzbereich haben wir sowohl die Grundlagen der Finanzmarktarchitektur als auch Krisenbewältigungsfähigkeiten gestärkt.

- Mit Ratsschlussfolgerungen zur fairen und effektiven Besteuerung und zur Stärkung der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung haben wir wichtige Impulse gesetzt. Es ist uns gelungen, eine Einigung auf eine Überarbeitung der Amtshilferichtlinie zur gestärkten Verwaltungszusammenarbeit und Transparenz herbeizuführen.
- Damit die Finanzierung der wirtschaftlichen Erholung über die Kapitalmärkte erleichtert wird, wurde eine Einigung mit dem EP zur gezielten Anpassung des Rechtsrahmens für die europäischen Finanzmärkte erreicht. Mit Ratsschlussfolgerungen wurden zudem Prioritäten für die langfristige Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion gesetzt.
- Um die Chancen der Digitalisierung für den europäischen Finanzdienstleistungssektor künftig besser nutzen zu können, haben wir die Verhandlungen für einen Rechtsrahmen zur Stärkung der operationellen Resilienz im Finanzsektor und zu Kryptowerten vorgebracht.
- Wir haben Ratsschlussfolgerungen mit dem Ziel einer kohärenteren und stärkeren EU-Zollunion verabschiedet.

Ein gerechtes Europa

Die Covid-19-Pandemie hat zu tiefen und andauernden Einschnitten im Alltag vieler Europäerinnen und Europäer geführt und Ungleichheiten verschärft. Umso gewichtiger ist unser Einsatz für gesellschaftlichen Zusammenhalt, soziale Sicherheit und Solidarität gewesen, den Grundpfeilern für ein gerechtes Europa.

Stärkung der sozialen Dimension und des sozialen Zusammenhalts

Wir haben die Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte vorangebracht.

- Die Verhandlungen zur Entwicklung eines EU-Rahmens für angemessene Mindestlöhne haben wir aufgenommen, die Trilogverhandlungen zu den Verordnungen über die Koordinierung von Systemen sozialer Sicherheit vorangebracht, uns mit Ratsschlussfolgerungen für die Stärkung der Mindestsicherung in der COVID-19-Pandemie und darüber hinaus ausgesprochen, sowie die neue EU-Strategie für Menschen mit Behinderung vorbereitet. Außerdem haben wir mit Ratsschlussfolgerungen Familien mit kleinem Einkommen unterstützt.
- In Ratsschlussfolgerungen haben wir uns für bessere Arbeitsbedingungen für Saisonarbeitskräfte und andere mobile Arbeitskräfte ausgesprochen und mit einem Austausch im Rat wichtige Impulse für eine legislative Initiative für faire Tätigkeitsbedingungen und sozialen Schutz in der Plattformökonomie gegeben.
- In der Osnabrücker Erklärung haben wir konkrete Aktionen vereinbart, um die berufliche Bildung auf den digitalen und ökologischen Wandel auszurichten. Wir haben uns im Trilog darauf geeinigt, Lernmobilität im Rahmen von Erasmus + auf alle Bildungsbereiche auszuweiten.
- In den Ratsschlussfolgerungen zur Digitalen Bildung haben wir deren Bedeutung in allen Bildungsbereichen als Teil eines Kulturwandels bekräftigt.

Gleichberechtigte Teilhabe

Wir haben in der Gleichstellungspolitik entschlossen unser Ziel verfolgt, eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen in allen Bereichen unserer Gesellschaft zu erreichen. Auf Grundlage unserer Trio-Erklärung zur Geschlechtergleichstellung werden wir unsere Initiativen kontinuierlich voranbringen.

- In Ratsschlussfolgerungen zur Reduzierung der Gender Pay Gap haben wir Verbesserungen in Bezug auf die Bewertung und Verteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit in den Blick genommen, der ersten LSBTIQ-Strategie der Europäischen Kommission und Intersektionalität mit einer internationalen Konferenz mehr Sichtbarkeit verliehen und Schlussfolgerungen zum Thema Geschlechtergerechtigkeit im Kulturbereich verabschiedet. Damit wird ihre Bedeutung als Schlüssel für die Stärkung kultureller Vielfalt in der EU betont.
- Mit der Einrichtung einer europaweiten Hilfetelefonnummer möchten wir Frauen, gerade in Pandemiezeiten, besser gegen Gewalt schützen. Wir haben uns für die Ratifikation der Istanbul-Konvention durch alle Mitgliedstaaten eingesetzt und die Kommission in ihren Anstrengungen für einen EU-Beitritt unterstützt.
- Mit Präsidentschaftsschlussfolgerungen zum dritten Genderaktionsplan der Kommission haben wir die Rolle von Frauen im auswärtigen Handeln der EU gewürdigt.



- Wir haben die Arbeiten an der Empfehlung des Rates zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma vorangebracht.

Förderung einer aktiven Zivilgesellschaft, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Schutz aller Generationen

Wir haben uns besonders dafür eingesetzt, dass alle Generationen aktiv an unserer Gesellschaft teilhaben können. Wir haben eine lebendige Demokratie und kulturellen Austausch in Europa gefördert.

- Mit der Ratsempfehlung „Eine Brücke ins Arbeitsleben – Stärkung der Jugendgarantie“ haben wir die Weichen für mehr Unterstützung junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt gestellt.
- Mit der Europäischen Jugendarbeitsagenda haben wir einen Rahmen geschaffen um die vielfältigen Aktivitäten junger Menschen in allen Bereichen unserer Gesellschaft zu fördern.
- Wir haben uns mit Ratsschlussfolgerungen für eine umfassendere Teilhabe älterer Menschen im digitalen Zeitalter ausgesprochen.
- Mit unserem innovativen Kulturprogramm „Earth Speakr“ von Olafur Eliasson haben wir Kindern europaweit die Möglichkeit gegeben, sich kreativ in die Debatte zur Zukunft unseres Planeten einzubringen, und mit zahlreichen weiteren Kulturprojekten zu einer Europäischen Öffentlichkeit beigetragen.
- Wir haben in der EU mit Maßnahmen in Bezug auf EU-Gesetzgebung (Veröffentlichung von Dokumenten, Kommunikation) die Transparenz erhöht und eine Trilogieeinigung über das „Transparenzregister“ erreicht, in dem sich Interessenvertreter anmelden müssen, wenn sie sich mit EU-Institutionen austauschen wollen.
- Wir haben die Gemeinsame Erklärung und die Vorbereitung für die Durchführung der Konferenz zur Zukunft Europas vorangebracht und damit die Grundlage dafür geschaffen, dass der Startschuss für diesen wichtigen, breit angelegten und europaweiten Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern möglichst zeitnah fallen kann.

Ein nachhaltiges Europa

In der Klimapolitik haben wir mit dem Abschluss der Verhandlungen im Rat zum neuen EU-2030-Klimaziel und zum EU-Klimagesetz die internationale Vorreiterrolle der EU untermauert. Wir haben damit zugleich die erforderlichen wirtschaftlichen, technologischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse weiter vorangetrieben, um Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent zu machen und die Umsetzung der Agenda 2030 voranzubringen.

Ambitionierte Klima-, Umwelt und Energiepolitik

Wir haben die Neuausrichtung der europäischen Klima-, Umwelt- und Energiepolitik entlang des Pariser Klimaabkommens und des Europäischen Grünen Deals konsequent vorangetrieben.

- Mit dem Abschluss der Beratungen im Rat zum europäischen Klimagesetz einschließlich einer Erhöhung des EU-Treibhausgasreduzierungsziels für 2030 auf mindestens 55% unter den Werten von 1990 haben wir einen zentralen Beitrag zur Umsetzung des Europäischen Grünen Deals geleistet. Mit diesem ambitionierten aktualisierten europäischen Beitrag zum Pariser Abkommen nehmen wir im Klimaschutz eine globale Vorreiterrolle ein.
- Zur Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen dieser ambitionierten Klimapolitik wird ein neuer Just Transition Fund aufgelegt, über den wir eine politische Einigung zwischen Rat und Parlament erzielt haben. Insgesamt sollen aus dem Mehrjährigen Finanzrahmen und dem Aufbauinstrument mindestens 30% der Mittel in den Klimaschutz investiert und die Biodiversität mit einem neuen Ausgabenziel gestärkt werden.
- Der Rat hat seine Unterstützung für die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 ausgesprochen und damit die Grundlage für eine engagierte Mitwirkung der Union bei den Verhandlungen zum neuen globalen Rahmen für die biologische Vielfalt nach 2020 unter dem Dach der Biodiversitätskonvention gelegt.
- Wir haben uns in Ratsschlussfolgerungen darauf geeinigt, den Übergang zu einer ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft voranzutreiben, digitale Technologien besser für den Umwelt- und Klimaschutz zu nutzen und den Energie- und Ressourcenverbrauch digitaler Infrastrukturen gering zu halten.
- Für die Novellierung des Energierahmens zur Erreichung des neuen 2030-Klimaziels der EU haben wir eine Basis gelegt. Mit Ratsschlussfolgerungen haben wir uns jeweils für bessere EU-Rahmenbedingungen für den grenzüberschreitenden Ausbau erneuerbarer Energien (insb. im Bereich Offshore-Windenergie) und für die Entwicklung von europäischen und globalen Märkten und Infrastrukturen für Wasserstoff eingesetzt.
- Um Mobilität in Europa nachhaltiger und bezahlbarer zu gestalten, haben wir uns im Rat auf eine Revision der Eurovignetten-Richtlinie mit einer CO₂-Differenzierung geeinigt. Mit der Vorstellung des TransEuropExpress (TEE 2.0) haben wir außerdem einen wichtigen Akzent zur Stärkung des europäischen Schienenpersonenfernverkehrs gesetzt.

Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft und Fischerei für zukunftsfähige ländliche Räume

Uns ist es gelungen, das Fundament unserer Landwirtschaft und Fischerei im Sinne wirtschaftlicher und ökologischer Tragfähigkeit zu stärken.



- Mit der Allgemeinen Ausrichtung zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 haben wir eine grundlegende Neuausrichtung hin zu mehr Umwelt, Klima-, Tier- und Biodiversitätsschutz in der Landwirtschaft eingeleitet und sichern zugleich den wichtigen Beitrag der GAP für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und der agrarstrukturellen Vielfalt der ländlichen Räume. Mit der Einigung über die Übergangsverordnung zur GAP nach 2020 wird Planungssicherheit für die Übergangsphase bis zum Jahr 2022 hergestellt.
- Mit Ratsschlussfolgerungen zur Farm to Fork-Strategie haben wir ein klares Bekenntnis zu einer nachhaltigen und wirtschaftlich tragfähigen Landwirtschaft – vom Erzeuger bis zum Verbraucher – abgegeben. Zudem hat der Rat Schlussfolgerungen zum EU-Tierwohlkennzeichen verabschiedet. Mit Präsidentschaftsschlussfolgerungen zu einer EU-einheitlichen Kennzeichnung von Lebensmitteln haben wir ein Zeichen für mehr Transparenz gegenüber den Verbraucherinnen und Verbrauchern in Europa gesetzt.
- Die Schlussfolgerungen des Rates zur künftigen EU-Waldstrategie sollen der Kommission Orientierung für die Erarbeitung der für 2021 angekündigten Strategie geben.
- Im Bereich der Fischerei haben wir uns auf den nächsten Europäischen Meeres-, Fischerei-, und Aquakulturfonds geeinigt und mit der Festlegung der Gesamtfangmengen und Fangquoten für die EU-Gewässer und von vorläufigen EU-seitigen Fangmengen für die mit dem Vereinigten Königreich und Norwegen gemeinsam bewirtschafteten Bestände für 2021 einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Nutzung der Fischbestände geleistet.
- Wir haben uns mit Ratsschlussfolgerungen zur Fortschreibung der Leipzig-Charta und der Verabschiedung der Territorialen Agenda 2030 für die nachhaltige und ausgewogene Entwicklung von ländlichen Räumen und Städten eingesetzt.

Mehr Verbraucherschutz

- Mit dem informellen Verbraucherministertreffen ist unter deutscher Präsidentschaft ein eigenes Forum auf Ministerebene für Verbraucherschutzthemen geschaffen worden.
- Unter unserer Ratspräsidentschaft wurde der Trilog zur Verordnung über die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr abgeschlossen.

Ein Europa der Sicherheit und der gemeinsamen Werte

In unserer Präsidentschaft hat unser Engagement zur Stärkung unserer Rechts- und Wertegemeinschaft eine zentrale Rolle gespielt. Auch und gerade in Krisenzeiten haben wir zudem daran gearbeitet, dass Europa ein Ort bleibt, in dem alle Menschen – gleich welcher Herkunft, Überzeugung oder Weltanschauung – sich frei und sicher fühlen können. Darüber hinaus haben wir die wichtige Debatte über eine europäische Migrations- und Asylpolitik auf Grundlage der Vorschläge der EU-Kommission engagiert aufgenommen und somit den Weg für eine ambitionierte Reform vorbereitet.

Stärkung der Grundwerte und Grundrechte

Im Bereich der Grundwerte ist es uns gelungen, einen konstruktiven Austausch zu Rechtsstaatlichkeit zu etablieren, aber auch darüber hinaus unsere Wertebasis zu stärken.

- Wir haben einen neuen Rechtsstaatsdialog im Rat eingerichtet. Auf Basis des neuen jährlichen Kommissionsberichts haben wir eine horizontale und eine erste länderspezifische Aussprache zur Situation in fünf Mitgliedstaaten durchgeführt. Diese länderspezifische Aussprache soll künftig halbjährlich organisiert werden.
- Der Rat hat sich trotz der pandemiebedingt schwierigen Rahmenbedingungen ausführlich mit beiden Artikel 7-Verfahren zum Schutz unserer gemeinsamen Grundwerte befasst.
- Die Verhandlungen zum Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention wurden während unserer Präsidentschaft wieder aufgenommen.
- Kultur und Medien haben wir unter anderem mit einer politischen Einigung zum Programm „Kreatives Europa“ bei deutlich besserer Mittelausstattung gestärkt. Die Ratsschlussfolgerungen zur Sicherung eines freien und vielfältigen Mediensystems sind ein starkes Bekenntnis für Medienpluralismus und Meinungsfreiheit.

Stärkung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger

Im Bereich der Sicherheit konnten wir insbesondere bei Terrorismusbekämpfung, Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und polizeilicher Zusammenarbeit Fortschritte machen, auch mit Blick auf Herausforderungen im Cyberraum.

- Während unserer Präsidentschaft haben Anschläge in Frankreich, Österreich und Deutschland die Bedrohung durch den Terrorismus in Europa auf traurige Weise verdeutlicht. Vor diesem Hintergrund haben wir im Kreise der Mitgliedstaaten in einer gemeinsamen Erklärung unsere unerschütterliche Einheit und Solidarität bei der Bekämpfung aller Formen von Terrorismus bekräftigt. Auf Initiative der deutschen Präsidentschaft haben bislang 15 Mitgliedstaaten zentrale Kontaktstellen für Opfer von Terrorismus benannt.
- Im Rahmen der Terrorismusbekämpfung haben wir uns mit dem Europäischen Parlament auf eine Verordnung zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte geeinigt und uns darauf verständigt, den Informationsaustausch zu Gefährdern zu verbessern. Die Bedrohung durch gewaltbereiten Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus, den Kampf gegen Hassrede sowie gegen Antisemitismus haben wir intensiv im Rat thematisiert und hierzu auch eine Erklärung des Rates verabschiedet.
- Wir haben Ratsschlussfolgerungen zu der Frage verabschiedet, wie die innere Sicherheit und die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit (Europäische Polizeipartnerschaft) konkret weiter gestärkt werden



sollen. Ferner wurden damit auch die Weichen für die Zukunft von Europol und für eine effektivere Bekämpfung der Organisierten Kriminalität gestellt sowie im Rahmen von Ratsschlussfolgerungen Verbesserungen bei der Umsetzung des Europäischen Haftbefehls vereinbart.

- Die digitale Sicherheit haben wir mit einer Resolution des Rates zu Verschlüsselung, dem Austausch zu künstlicher Intelligenz und mit Ratsschlussfolgerungen zu IT-Sicherheitsstandards für mit dem Internet verbundene Geräten gestärkt. Darüber hinaus haben wir in Ratsschlussfolgerungen auch die Chancen der Digitalisierung für den Zugang zur Justiz betont.
- Zur Verbesserung der ziviljustiziellen Zusammenarbeit haben wir die Neufassungen der EU-Zustellungsverordnung und der EU-Beweisaufnahmeverordnung verabschiedet.

Neustart der Debatte um eine Europäische Migrations- und Asylpolitik

Im Bereich der Migrations- und Asylpolitik haben wir vor allem die wichtige Diskussion um das neue Migrations- und Asylpaket angestoßen und dabei erste Fortschritte erreicht.

- Zu dem von der Kommission vorgelegten Migrations- und Asylpaket haben wir im Rat intensive Diskussionen insbesondere zu solidarischer Verantwortungsteilung, zu Verfahren vor Einreise, zu Sekundärmigration, zur externen Dimension sowie zur legalen Migration geführt. Das zu den Kernelementen dieses Pakets Erreichte haben wir in einem Fortschrittsbericht festgehalten und so den Grundstein für eine ambitionierte Neuausrichtung gelegt.
- Zur Gewährleistung eines effektiveren Schutzes der Außengrenzen wurde die schnelle Operationalisierung des neuen Frontex-Mandats sowie des Standing Corps vorangetrieben und durch konkrete Handlungsempfehlungen im Zusammenhang mit Rückführungsmaßnahmen unterstützt.
- Wir konnten die politischen Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zur umfassenden Modernisierung des EU-Visainformationssystems abschließen. Künftig werden neben einem automatisierten Datenaustausch mit anderen EU-Sicherheits- und Migrationsdatenbanken u.a. auch Informationen über Visa für längerfristige Aufenthalte und nationale Aufenthaltstitel der EU-Mitgliedstaaten europaweit abrufbar sein.

Eine handlungsfähige Europäische Union für eine regelbasierte internationale Ordnung

Während der deutschen Ratspräsidentschaft hat die EU eine Vielzahl konkreter Schritte zur nachhaltigen Gestaltung ihrer Außenbeziehungen und der multilateralen Ordnung sowie zur weltweiten Bewältigung der durch Covid-19 verursachten Herausforderungen unternommen.

Unsere geostrategischen Prioritäten und zentralen Vorhaben

Für ein geschlossenes EU-Außenhandeln und eine stärkere geopolitische Rolle der EU wurden insbesondere folgende Ergebnisse erzielt:

- Die EU hat der künftigen US-amerikanischen Regierung mit Ratsschlussfolgerungen und einer Gemeinsamen Mitteilung ein umfangreiches Kooperationsangebot für eine neue transatlantische Zusammenarbeit unterbreitet.
- Als Grundlage für die EU-China-Beziehungen indossierte der Europäische Rat den Strategischen Ausblick vom März 2019. Am Rande des virtuellen Treffens der Führungsspitzen der EU mit China am 14. September 2020 wurde ein Abkommen über geographische Herkunftsangaben unterzeichnet. Zudem wurde ein Hochrangiger EU-China-Dialog zu Klima vereinbart. In Reaktion auf die Verabschiedung des Nationalen Sicherheitsgesetzes in Hongkong wurden Ratsschlussfolgerungen verabschiedet.
- Im Dezember wurde die Strategische Partnerschaft zwischen der EU und ASEAN beschlossen, mit der wir die Beziehungen zu dieser Region auf eine neue Stufe heben.
- Zur Umsetzung der fünf EU-Prinzipien für die Beziehungen zu Russland erfolgte eine Bestandsaufnahme mit Blick auf ihre vollumfängliche Implementierung in der Zukunft. Zur Stärkung der Östlichen Partnerschaft fanden mehrere Konferenzen statt.
- Für die Stärkung der Beziehungen zu den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten erreichten EU und AKP den politischen Abschluss der Verhandlungen zum Post-Cotonou-Abkommen.
- Zur Intensivierung der bi-regionalen Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika fand ein informelles EU27-LAK-Außenminister-Treffen in Berlin statt.
- Im Erweiterungsbereich ist es uns gelungen, die für die erste Beitrittskonferenz nötigen Verhandlungsrahmen mit Albanien und Nordmazedonien auf Grundlage der neuen Beitrittsmethodik weitestgehend zu finalisieren.

Konflikte bewältigen und Frieden fördern

Die EU hat ihr Engagement zur Bewältigung aktueller Krisen und zur Bearbeitung der großen internationalen Konflikte intensiviert:

- Bei der internationalen Geberkonferenz für Afghanistan haben EU und Mitgliedstaaten einen Beitrag von ca. 1,2 Mrd. US-Dollar für 2021 zugesagt.
- In Reaktion auf die Wahlfälschung in Belarus und die Repressionen gegen friedliche Demonstranten hat die EU mehrere Sanktionspakete verabschiedet.



- Die EU verhängte restriktive Maßnahmen gegen Beteiligte an dem Giftanschlag auf Alexej Nawalny.
- Zur Unterstützung des Berliner Prozesses hat die EU Sanktionen gegen Akteure in Libyen verabschiedet, die einer politischen Lösung des Konflikts im Weg stehen. Durch Operation IRINI wurde die Überwachung des VN-Waffenembargos verstärkt.
- Nach intensiven Bemühungen um eine Deeskalation im östlichen Mittelmeer hat der Europäische Rat das Angebot einer positiven Agenda wiederholt, angesichts anhaltender Provokationen der Türkei am 10. Dezember aber auch beschlossen, weitere Sanktionen zu verhängen.
- Die EU setzte ihre Unterstützung für eine Lösung des Nahostkonflikts beim informellen EU-Außenminister-Treffen in Berlin im Rahmen eines Austauschs mit dem israelischen Außenminister sowie einem virtuellen Treffen mit dem palästinensischen Außenminister fort.

Die Instrumente für eine starke EU in der Welt

Für eine erfolgreiche Umsetzung des Integrierten Ansatzes und zur langfristigen Stärkung der EU-Krisenreaktionsfähigkeit im Außenhandeln wurden substantielle Fortschritte erreicht. Dies ist auch im Bereich einer regelbasierten wie resilienten Handelspolitik gelungen:

- Die EU hat ein globales Menschenrechtssanktionsregime eingerichtet, das sich gegen Verantwortliche für schwere Menschenrechtsverletzungen richtet. Zudem wurde der EU-Aktionsplan Menschenrechte und Demokratie 2020-2024 angenommen.
- Das Europäische Kompetenzzentrum Ziviles Krisenmanagement wurde in Berlin eröffnet.
- Die Beteiligung von Drittstaaten an der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit („PESCO“) wurde beschlossen. Damit steht dieser verteidigungspolitische Handlungsrahmen Partnern wie den USA, Kanada, Norwegen und Großbritannien offen. Dies stärkt auch den europäischen Pfeiler in der NATO und die EU-NATO-Zusammenarbeit.
- Mit der Vorlage der ersten EU-Bedrohungsanalyse wurde die Grundlage für die Entwicklung des sog. Strategischen Kompasses als sicherheitspolitischem EU-Grundlagendokument geschaffen.
- Mit der Europäischen Friedensfazilität (EPF), zu der eine politische Einigung erzielt wurde, kann die EU künftig Partner besser bei der eigenständigen Übernahme von Sicherheitsverantwortung unterstützen.
- Mit der politischen Einigung im Trilog zum Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI) haben wir die Weichen für eine neue kohärentere, effizientere und flexiblere Außenfinanzierung gestellt.
- Wir haben „Team Europe“ als europäisches Markenzeichen für ein kohärentes Auftreten in internationalen Partnerschaften weiter ausgebaut.
- Mit Ratsschlussfolgerungen wurde die Einrichtung des sog. „Digital Diplomacy Network“ von den Außenministern begrüßt. In der Entwicklungszusammenarbeit konnten mehrere prominente Team-Europe-Initiativen (u.a. African-European Digital Innovation Bridge) gestartet werden.

- Die Friedensmediation der EU wurde durch die Aktualisierung des EU-Mediationskonzepts und entsprechende Ratsschlussfolgerungen substantziell gestärkt.
- Mit intensiver Beratung der Neuausrichtung der EU-Handelspolitik haben wir ein Zeichen für die Offenhaltung von Märkten, den regelbasierten Handel und die Diversifizierung von Handelsbeziehungen gesetzt.
- Die Einigung mit dem EP zur Durchsetzungsverordnung ermöglicht es der EU, künftig effektiver gegen rechts-widrige handelspolitische Maßnahmen von Drittstaaten vorzugehen. Die Einigung zur Dual-use-Verordnung wird Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheitsinteressen und den Schutz der Menschenrechte besser in Einklang bringen.



Die Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wird herausgegeben von:

Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin
Postanschrift: 11013 Berlin

Telefon: 030 18-17-0
Bürgerservice: 030 18-17-2000
Telefax: 030 18-17-3402
Website: www.auswaertiges-amt.de
E-Mail: poststelle@auswaertiges-amt.de
De-Mail: poststelle@auswaertiges-amt.de-mail.de

